

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932**

5.3.1932 (No. 55)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karl-Friedrich-  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher  
Nr. 938  
und 954  
Postfach  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
G. Amend,  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstag 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffreier Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Winterium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsweiser Beitreibung und Kontroversverfahren fällt der Fall bei der Zeitung verpaidet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelcher Vergrößerung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanwaltsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Volkshilfsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Die landwirtschaftliche Einheitssteuer

Bekanntlich soll die Einkommensteuer schon seit längerer Zeit für die Landwirtschaft gänzlich abgeschafft und durch die sog. Einheitssteuer ersetzt werden, die gleichzeitig die bisherige Grundsteuer mit umfassen soll. Zur Vorbereitung hierfür waren bereits in der Notverordnung vom 1. Dezember 1930 und in einer Verordnung vom 8. Mai 1931 nähere Bestimmungen erlassen, die insbesondere die Vorauszahlungen für die Landwirtschaft teils aufhoben, teils erheblich senkten. Nunmehr werden im Reichsministerialblatt 1932 Nr. 5 neue Durchführungsbestimmungen für die Überleitung zur landwirtschaftlichen Einheitssteuer bekanntgegeben, die eine Abgeltung der Einkommensteuer durch bisher geleistete Vorauszahlungen für einen Teil der Landwirtschaft vorsehen, nämlich für diejenigen Steuerpflichtigen, deren gesamtes Einkommen unter 12 000 M und deren Reineinkünfte aus Land- und Forstwirtschaft im Wirtschaftsjahr 1930/31 unter 6000 M geblieben sind.

Diese Gruppe von Steuerpflichtigen wird jetzt hinsichtlich ihres landwirtschaftlichen Einkommens nicht mehr beaufschlagt werden, sondern es wird für sie lediglich ein sogenannter Abgeltungsbetrag festgesetzt. Dieser Abgeltungsbetrag beträgt bei Steuerpflichtigen, die neben land- und forstwirtschaftlichen Einkünften keine anderen Reineinkünfte oder Reineinkünfte anderer Art von nicht mehr als 1000 M erzielt haben, drei Viertel des Jahresbetrages der Vorauszahlungen, die nach dem Steuerbescheid 1930 zu entrichten waren; bei Steuerpflichtigen mit Reineinkünften anderer Art als aus Land- und Forstwirtschaft von 1000 M oder mehr drei Viertel der Jahresbetragsauszahlungen, die anteilmäßig auf die Reineinkünfte aus Land- und Forstwirtschaft entfallen und nach dem Steuerbescheid von 1930 zu entrichten waren.

Die Berechnung des anteilmäßig auf die land- und forstwirtschaftlichen Einkünfte entfallenden Teiles der Vorauszahlungen erfolgt in dem letzteren Fall nach dem Verhältnis der land- und forstwirtschaftlichen Einkünfte zu dem Gesamtbetrag der Reineinkünfte überhaupt. Dabei sind die Reineinkünfte aus Land- und Forstwirtschaft auf volle 100 M nach oben, der Gesamtbetrag der Reineinkünfte auf volle 100 M nach unten abzurunden.

Beispiel: Ein Steuerpflichtiger ist für 1929/30 beanlagt mit Reineinkünften aus:

Landwirtschaft 1930	abgerundet 2000 M.
Gewerbe	3410
Vermietung	700

6060 — abgerundet 6000 M.

Für die Verhältnisberechnung kommen die Sonderleistungen und sonstigen Abzüge nicht in Betracht. Auf die Reineinkünfte aus Landwirtschaft entfallen mithin 2000 : 6060 = ein Drittel. Der Jahresbetrag der Vorauszahlungen bei dem Pflichtigen betrug 348 M. Hieron ein Drittel = 116 M. Der Abgeltungsbetrag für die Reineinkünfte aus Landwirtschaft 1930/31 beträgt drei Viertel von 116 M = 87 M. Die übrigen Einkünfte werden für 1930/31 beanlagt.

Wenn in dem veranlagten Einkommen 1930 Einkünfte enthalten waren, die dem Steuerabzug vom Arbeitslohn oder Kapitalertrag unterliegen, so ist der Abgeltungsbetrag auf der Grundlage des ungekürzten Jahresbetrages der Vorauszahlungen zu ermitteln. Die Steuerabzugsbeträge sind also nicht etwa abzuziehen.

Beispiel: Ein Steuerpflichtiger ist für 1930/31 beanlagt mit Reineinkünften aus

Landwirtschaft	4 000 M
nicht selbständiger Arbeit	6 000 M

Sa. 10 000 M.

Auf die Reineinkünfte aus Landwirtschaft entfallen vier Zehntel. Der Steuerpflichtige ist beanlagt zu einer Einkommensteuer von 794 M. Hieraus sind 417,60 M Steuerabzug angerechnet worden. Der Steuerpflichtige hat Vorauszahlungen nach einem Jahresbetrage von 376 M, sondern von dem um die Steuerabzugsbeträge nicht gekürzten Einkommensteuerbetrag von 794 M zu berechnen. Auf die Reineinkünfte aus Landwirtschaft entfallen 317,60 M. Der Abgeltungsbetrag beläuft sich also auf drei Viertel, hiervon = 238,20 M. In diesem Falle bedarf es einer Veranlagung für 1930/31 nicht, weil die Reineinkünfte aus Landwirtschaft abgegolten sind und das übrige Einkommen nur aus steuerabzugspflichtigen Bezügen besteht, die nach § 89 des Einkommensteuergesetzes nicht zu beanlagen sind.

Die Einkommensteuervorauszahlungen eines Steuerpflichtigen sind bisweilen, so z. B. bei Neubegründung der Steuerpflicht, bei Erhöhung oder Ermäßigung der Einkünfte gegenüber dem Vorjahre anders, d. h. abweichend von dem letzten Steuerabschnitt festgesetzt worden. Eine solche anderweitige Festsetzung wird bei der Berechnung des Abgeltungsbetrages aber nur berücksichtigt, wenn der Jahresbetrag der Vorauszahlungen in dem Einkommensteuerbescheid 1930 selbst oder gleichzeitig mit diesem Bescheid, nicht aber nachträglich, abweichend von der Steuerschuld festgesetzt ist, oder wenn die Fläche des bewirtschafteten Betriebes gegenüber derjenigen im Wirtschaftsjahr 1929/30 um mehr als ein Viertel größer oder kleiner war, und zwar hier ohne Rücksicht darauf, wann der Jahresbetrag der Vorauszahlung anderweitig festgesetzt war, ob also gleichzeitig mit dem Steuerbescheid oder erst später. Derartige Fälle kommen besonders bei Neugründungen von Betrieben und Betriebsaufgabe in Frage.

Über den wie vorstehend errechneten Abgeltungsbetrag erhalten diejenigen Steuerpflichtigen, die wegen noch anderwei-

### Sie Hindenburg

#### Eine Rede des Reichsministers Treviranus

Reichswehrminister Treviranus hielt in Lüneburg vor einer Versammlung der Deutsch-Hannoverschen Partei und dem Hindenburg-Ausschuß einen Vortrag, in dem er u. a. sagte:

An manchen Wänden im Deutschen Reich haben noch Plakate mit der Aufschrift: „Mehr Macht dem Reichspräsidenten.“ Dieses Plakat habe vor wenigen Jahren die Deutschnationale Volkspartei angeschlagen. Sie sahen es heute wohl gerne, wenn Sturm und Regen noch seine letzten Reste beseitigten. Die Deutschnationalen und ihre intim befreundeten Feinde, die Nationalsozialisten, sind es, die gegen die Machtanwendung durch den Reichspräsidenten zu Felde ziehen: Gegen die Notverordnungen, für Parlamentarität!

Dazu ist ein offenes Wort nötig: Niemand hält die Notverordnungen für angenehm. Reichspräsident von Hindenburg hat selbst in diesen Tagen dem General von Lettow-Vorbeck in erster Sorge erklärt, daß die Notverordnungen nicht dauernde Gesetze werden dürfen, sondern nur Befehle für die Zeit vorübergehender Not sein können. Als solche müssen sie verstanden werden. Wer glaubt, daß ohne diese Notverordnungen Deutschland über die Krise des vergangenen Jahres hätte gerettet werden können, der verkennt von Grund auf die deutsche Lage. Es ist Hindenburgs ungeheures nationales Verdienst, daß er den Reichstanzler Brüning mit dem Auftrage ernannte, eine rücksichtslose Bilanz der deutschen Lage aufzumachen. Das war die alte Forderung der nationalen Opposition. Wer heute die Aufhebung der Notverordnungen verlangt, der fordert eine neue Politik der Selbsttäuschung, der Illusionen, der Bilanzverfälscherung. Der verlangt den Staatsbankrott.

Offen und klar muß festgestellt werden: Wer Hindenburg und seinem Kanzler die Schuld für die wirtschaftlich-politische Lage zuschiebt, die die Notverordnungen notwendig gemacht hat, der belügt bewußt das Volk. Das wird unter vier Augen von rabiaten Propheten zugestanden.

Es ist eine Verfälschung des Sinnes der Wahl des Staatspräsidenten, wenn man mit niedriger Parteimagasie dem Volke diese Wahl nach seinem besten und innersten Empfinden unmöglich machen will.

Der Appell „Treue und Treue“ hat in der niedersächsischen Landschaft noch niemals taube Ohren gefunden. Er wird auch durch die Bewirrung und Verzweiflung dieser Tage alle bodenständigen Niedersachsen für Hindenburg eintreten lassen.

### Letzte Nachrichten

#### Ausführungsbestimmungen zum Weingesez

##### Vor dem Reichsrat

EWB. Berlin, 5. März. (Priv.-Tel.) Seit Jahresfrist liegen dem Reichsrat Ausführungsbestimmungen zum Weingesez vor, aus denen bisher nur wenige Vorschriften fertig beraten und in einer besonderen Verordnung in Kraft gesetzt worden sind. Die Beratung des Restes der Vorlage hat sich dadurch verzögert, daß die Vertreter der Reichsregierung, die für den Entwurf verantwortlich sind, zuletzt monatelang durch die Handelsvertragsverhandlungen mit Italien in Rom festgehalten worden sind. Nachdem die deutsche Delegation jetzt aus Rom zurückgekehrt ist, werden die Ausschussverhandlungen des Reichsrats über die Ausführungsbestimmungen zum Weingesez voraussichtlich schon am nächsten Mittwoch beginnen. Am 17. März soll die Vorlage in einer Vollsitzung des Reichsrats verabschiedet werden.

#### Der Fall Buttler

EWB. Darmstadt, 5. März. (Priv.-Tel.) Die Affäre des nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten Josef Buttler, der Mitte Februar auf der Wodaubridge bei Oberstadt mit einer Schußverletzung aufgefunden wurde, ist noch immer nicht völlig geklärt. Die näheren von Prof. Dr. Popp geführten Untersuchungen ließen keinen Zweifel, daß es sich um einen Nahschuß handelte, und es ist heute als sicher anzunehmen, daß Buttler sich aus irgendeinem Grunde den Schuß selbst beigebracht hat. Es wurde auch keine Wunde untersucht und der Befund einer Wundtasche hat zweifelsohne ergeben, daß Buttler hierin die Waffe getragen hat, mit der der Schuß abgefeuert wurde. Welches Motiv Buttler zu der merkwürdigen Tat gehabt haben kann, ist nicht geklärt, aber man nimmt an, daß er die Absicht hatte, sich zu verletzen, um als Märtyrer zu erscheinen.

tigen Einkommens zur Einkommensteuer beanlagt werden, entsprechende Mitteilung in dem Einkommensteuerbescheid, den sie demnächst erhalten. Allen übrigen Steuerpflichtigen, insbesondere denjenigen, die infolge Abgeltung der Einkommensteuer überhaupt nicht beanlagt werden, wird der Abgeltungsbetrag nur mitgeteilt, wenn er von der Summe der geleisteten Vorauszahlungen abweicht. Eventuell sind die bisher nicht geleisteten Vorauszahlungsbeträge bis zur Höhe des Abgeltungsbetrages nachzuführen. In solchen Fällen werden die Finanzämter besonders nachfordern. Gegen diese Nachforderung ist nur das Rechtsmittel der Verwaltungsklage, nicht also der ordentliche Rechtsmittelweg mittels Einspruchs, Berufung und Rechtsbeschwerde, gegeben.

Eine Herabsetzung des Abgeltungsbetrages kann im übrigen verlangt werden, wenn die Einkommensteuervorauszahlungen für 1930/31 in der Annahme eines entsprechenden Einkom-

### \* Zur politischen Lage

#### Reichspräsidentenwahl

Nur noch eine Woche trennt uns von dem Tage, an welchem das deutsche Volk an der Wahlurne zu bestimmen haben wird, ob es ein Reichsoberhaupt haben will, das uns eine ruhige und stetige Entwicklung garantiert, oder ob es seine Geschicke einer Partei anvertrauen will, die bisher in der Propaganda und im Bekämpfen sehr Großes, aber in eigentlicher positiver Arbeit noch recht wenig geleistet hat. Wir zweifeln nicht daran, daß die Mehrheit unseres Volkes wissen wird, wie sie in dieser Lage zu stimmen hat. Nicht Illusionen können uns helfen, sondern nur der Wille zu einer vernünftigen Politik, die in diesen Zeiten größter Wirrnisse und schwerster Probleme behutjam operiert und immer wieder die Festigkeit der Fundamente prüft, bevor sie ein Stockwerk aufs andere setzt.

Wir in Baden brauchen um die Stimmung unserer Bevölkerung wohl nicht bange zu sein. Entfallen doch von den rund 3 630 000 Deutschen, die sich kürzlich in die Hindenburg-Listen eintrugen, allein 212 000 auf Baden. Während also im Reichsdurchschnitt erst etwa jeder 18. sich für Hindenburg einzeichnete, war es in Baden etwa jeder 12. Jedenfalls marschiert unser badisches Land bei dieser Listeneinzeichnung an der Spitze. Es will gewiß etwas besagen, wenn z. B. in einer Stadt, in Mannheim, allein 42 000 Mitbürger und Mitbürgerinnen sich offen zu Hindenburg bekennen!

Selbstverständlich kann das Ergebnis dieser Listeneintragung nur als Stimmungsfaktor bewertet werden. Die Endziffer selbst sagt über das, was wir am 13. März bei der Wahl zu erwarten haben, nichts aus. Denn Hindenburg müßte — je nach der Wahlbeteiligung — ja 18 bis 20 Millionen Stimmen erhalten, um im ersten Wahlgang gewählt zu werden. Ziemlich allgemein wird damit gerechnet, daß sich diese Ziffer sehr wohl wird erreichen lassen. Und ebenso ist zu hoffen, daß die badische Bevölkerung auch am 13. März wieder mit ihrem Anteil an den für Hindenburg abgegebenen Stimmen an der Spitze stehen wird.

#### Der ostasiatische Konflikt

Die Öffentlichkeit hat sich daran gewöhnt, von einem „ostasiatischen Konflikt“ zu sprechen. Und doch ist das Ganze, streng genommen, gar kein Konflikt, wie er zwischen zwei gleichstarken Gegnern ausbrechen kann, sondern nichts anderes, als ein ganz brutaler und schnöder Versuch gewalttätiger Landannektierung. Dazu mußte nun der Völkerbund gegründet und der Kellogg-Pakt abgeschlossen werden, dazu mußte man eine Abrüstungskonferenz einberufen, damit etwas derartiges möglich ist!

So schlecht die Position der Chinesen machtpolitisch und militärisch ist, so glänzend ist sie in moralischer Beziehung. Es fragt sich nur, ob ihnen das etwas helfen wird. Zumerhin sind ihre Anklagen gegen Japan nicht zu widerlegen. Und bisher hat sich im Völkerbund auch noch kein einziger Redner gefunden, der das japanische Vorgehen auch nur indirekt verteidigt hätte.

Das Kolliste, was sich Japan neuerdings geleistet hat, ist die Erklärung, daß es eine Erörterung der mandchurischen Frage im Völkerbundsrat von vornherein ablehnen müsse, da sich diese Frage überhaupt der Jurisdiktion des Völkerbunds entziehe. Das heißt also: Japan betrachtet die Mandchurei bereits als rein japanisches Interessengebiet und bezeichnet alles, was dort geschieht, als eine innere Angelegenheit des japanischen Staates, als eine innere Angelegenheit, die den Völkerbund gar nichts angehe. Das ist zu den bisherigen Provokationen des Völkerbunds die neueste, übrigens vertreten die Chi-

mensrückganges gefunden waren und die Einziehung des gestundeten Betrages zu Härten führen würde: In diesem Falle ist Herabsetzung des Abgeltungsbetrages entsprechend dem gestundeten Betrag, höchstens aber bis zur Hälfte des Jahresbetrages der Vorauszahlungen, zulässig. Ferner kommt eine Herabsetzung in Frage, wenn die Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen durch besondere wirtschaftliche Verhältnisse beeinträchtigt ist, insbesondere bei buchführenden Landwirten im Falle eines Verlustausweises.

Außer Zusammenhang mit den vorstehenden Bestimmungen sehen die neuen Durchführungsbestimmungen noch einen Härteausgleich bei land- und forstwirtschaftlichen Reineinkünften über 6000 M vor, wenn die Vorauszahlungen hierauf bereits gestundet waren. Hier kann das Finanzamt von der Einziehung des gestundeten Betrages ganz oder teilweise absehen, wenn in der Einziehung eine Härte liegen würde.

nese ihren Rechtsstandpunkt, daß die Mandchurei ihnen gehört, und sie verlangen deshalb auch den Rückzug der Japaner aus Schanghai und der Mandchurei.

Bewunderungswürdig ist und bleibt die Art und Weise, wie China sich weiterhin zur Wehr setzt. Die japanischen Waffenstillstandsbestimmungen hat die chinesische Regierung abgelehnt mit dem Bemerkten, daß es sich hier nicht um diskutablen Bedingungen handle, sondern um ein brutales Diktat, wie es nur der Sieger dem endgültig Besiegten auferlegen könne. Wir haben bereits vorgestern an dieser Stelle betont, daß die Regierung in Tokio von vornherein mit der Wahrscheinlichkeit gerechnet hat, daß eine unmittelbare, friedliche Einigung zwischen China und Japan doch nicht zustande kommt. In der Zwischenzeit wird Japan seine Machtposition auf dem asiatischen Festland immer mehr ausbauen und im übrigen den Völkerbund weiter hinhalten. Es besagt nichts Gutes für die Zukunft, wenn man liest, daß nun der ostasiatische Konflikt einem besonderen Ausschluß der Völkerbundsversammlung überwiesen worden ist. Die Völkerbundsversammlung hat nun gestern die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten verlangt.

Darüber besteht kein Zweifel mehr, daß der Völkerbund bei dieser ganzen Affäre um sein eigenes Ansehen, um seine eigene Existenz spielt. Das Vorgehen Japans hatte in beinahe schulmäßiger Form alle die Vorbedingungen geschaffen, die notwendig waren, um nach den Satzungen ein Eingreifen des Völkerbunds herbeizuführen. Das Rhodus war da, und der Völkerbund hätte nur zu springen brauchen. Er ist bisher nicht gesprungen. Er hat sich statt dessen mit verlegenen Gestikulativen begnügt.

Und die Großmächte? Es schien vor einigen Tagen so, als ob sich zum mindesten Rußland und Nordamerika — sonst in allen Punkten erklärte Gegner — die japanische Expansionspolitik auf dem asiatischen Festland nicht gefallen lassen würden. Und das letzte Wort ist sicherlich auch noch nicht gesprochen. Die japanische Politik bewegt sich auch heute noch dicht am Rande eines Strudels, der „Krieg“ heißt. Denn Krieg kann man das, was sich bis jetzt in der Mandchurei und um Schanghai abgespielt hat, kaum nennen. Es ist der Widerstand, den ein halb wehrloses China an einem ganz bestimmten Punkt einem übermächtigen Eindringling entgegensetzt. Dagegen wäre ein Krieg zwischen Japan und Rußland oder zwischen Japan und Nordamerika etwas ganz anderes. Es würden dann Großmächte mit der ihnen Rang entsprechenden Rüstung gegeneinander antreten. Ein Unglück, das hoffentlich der Welt erspart bleibt!

Aber das ist es ja gerade, womit die japanische Politik rechnet. In Tokio weiß man, wie ungern die Großmächte zum Schwerte greifen würden; mit Ausnahme vielleicht Frankreichs, das aber in dem ganzen Konflikt eher eine japanfreundliche Haltung einnimmt. Im Vertrauen auf die friedliebende Geminnung des größten Teils der übrigen Welt vollführt Japan seinen Raubzug. Und es wird dabei solange fortfahren, bis ihm die bewaffnete Faust irgendeiner Großmacht entgegengetreut wird. Vielleicht weicht Tokio dann zurück, vielleicht auch nicht.

#### Die Deutsche Volkspartei

Die letzten Abstimmungen im Reichstag haben bekanntlich dazu geführt, daß zwei Mitglieder der Fraktion, die Abgeordneten Curtius und von Kardorff, ausgeschlossen wurden. Da die beiden Herren indessen Vertrauensverhältnissen von den Wählern ihrer Wahlkreise erhielten, die Wahlkreise andererseits gar nicht daran denken, der Partei als solcher den Rücken zu kehren, ergibt sich nun der eigentümliche Zustand, das Curtius und v. Kardorff wohl Mitglieder der Deutschen Volkspartei bleiben, aber nicht der Reichstagsfraktion der Partei angehören. Ein solcher Zustand wird wahrscheinlich nicht lange dauern. Man wird sicherlich die nächste, beste Gelegenheit benutzen, um den beiden Abgeordneten den Wiedereintritt in die Fraktion zu ermöglichen.

Ergab sich hier der Konflikt, weil die beiden Abgeordneten weiter nach links tendieren, als es der Wille der Fraktionsmehrheit ist, so ergaben sich in Westfalen und in Berlin innere Parteikonflikte, weil dort die Mitglieder noch weiter nach rechts wollten. Die Spannung wurde in Westfalen und in Berlin schließlich so groß, daß ein Bruchteil der bisherigen Mitglieder austrat und sich den Deutschnationalen anschloß.

Derartige Ereignisse erregen immer ein gewisses Aufsehen. Und doch darf man ihre Bedeutung nicht überschätzen. Der Führer der Partei, der Reichstagsabgeordnete Dr. Dingeldey, scheint recht zu haben, wenn er dieser Tage darauf hinweist, daß die Partei in ihrem Gefüge durchaus nicht erschüttert sei. Die Frage ist nur die, wie stark die Partei heute überhaupt noch ist, über einen welchen Prozentsatz der Gesamtwählerschaft sie noch verfügt. Auch hier sind sehr düstere Behauptungen zu hören. Vielleicht entsprechen aber auch sie gar nicht einmal den Tatsachen.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom Samstagmorgen: Im Nordwesten Europas zieht eine große atlantische Zyklone heran, von deren Wirkungsbereich uns augenblicklich noch ein quer über Europa liegender Hochdruckrücken trennt. Über England hat jedoch unter aufsteigenden Westwinden bereits milderer Regenwetter eingesetzt. Für unser Gebiet ist morgen noch mit keinen Niederschlägen zu rechnen. — Voraussage: Nach Südwest drehende Winde, trocken und im Norden des Landes Bewölkungszunahme, im Süden noch meist föhnig. Temperaturen langsam steigend, aber noch stellenweise Nachtfrost.

## Die Lage in Schanghai

### Kommt es zur Rund-Tisch-Konferenz?

Die Völkerbundsversammlung hat am Freitag mit allen Stimmen, einschließlich derjenigen Japans und Chinas, eine Entschlieung angenommen, welche u. a. darauf hinweist, daß die Vorbedingung für einen Zusammenritt der Mächtekonferenz in Schanghai die Einstellung der Feindseligkeiten ist. Der chinesische Vertreter hob vorher ausdrücklich hervor, daß die Bestimmungen der Entschlieung sich nur auf die Waffenstillstandsverhandlungen, nicht auf die spätere Konferenz bezögen.

Nach einer aus Tokio stammenden halbamtlichen Meldung wird die japanische Regierung auf der Rund-Tisch-Konferenz die Forderung nach Zahlung von Entschädigung für die durch die Ereignisse von Schanghai entstandenen Schäden und scharfe Maßnahmen zur Unterdrückung antijapanischer Propaganda verlangen. Der chinesische stellvertretende Minister des Auswärtigen erklärte, die Rund-Tisch-Konferenz werde höchstwahrscheinlich nicht abgehalten werden, solange die japanischen Truppen das von ihnen besetzte Gebiet nicht geräumt haben werden.

Die japanische Truppenverstärkeung von 10 000 Mann ist in Schanghai eingetroffen; dadurch erhöht sich die Zahl der japanischen Streitkräfte auf 55 000 Mann. An der Front herrscht Ruhe.

W.W. Genf, 5. März. (Tel.) Der Hauptauschuss der außerordentlichen Völkerbundsversammlung setzte heute vormittag die Beratungen über den japanisch-chinesischen Konflikt fort. Nachdem der Generalsekretär des Völkerbundes mitgeteilt hatte, daß das amerikanische Staatsdepartement die Militärbehörden in Schanghai telegraphisch zur Mitarbeit im Sinne der getriggen Entschlieung der Völkerbundsversammlung aufgefordert hatte, entwickelte sich der übliche Dialog zwischen dem chinesischen und dem japanischen Vertreter über die Zuverlässigkeit der von beiden Seiten verbreiteten Nachrichten. Die Auseinandersetzungen wurden abgedämpft durch das Eingreifen des Präsidenten und des französischen und des englischen Vertreters, die übereinstimmend darauf hinwiesen, daß vor dem Eintreffen authentischer Nachrichten von neutraler Seite die Aussprache in der Versammlung über diesen Gegenstand nutzlos sei.

### Ruomintang für Wiederaufnahme der politischen Beziehungen zum Sowjetunion

W.W. Moskau, 5. März. (Tel.) Wie anfangs der Woche aus Peking gemeldet worden ist, hatte der Außenminister der chinesischen Nationalregierung beschlossen, die seit 1929 abgebrochenen Beziehungen zum Sowjetunion wieder aufzunehmen. Nunmehr hat auch die Ruomintang in einer Vollversammlung die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen China und der Sowjetunion beschlossen.

### Tardieu's Donau-Plan

#### Es geht nicht ohne Deutschland

W.W. Wien, 5. März. In einer Besprechung der Mitteilungen Tardieu's und der Erklärung des deutschen Botschafters Dr. Rieth schreibt die „Reichspost“, es sei falsch und irreführend, wenn man in der Antwort Deutschlands einen Gegensatz gegen Tardieu sehe.

Österreichs Bundeskanzler habe einen Appell an alle gerichtet und gegenüber allen Staaten sich zu Verhandlungen über die Erweiterung der wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit bereit erklärt. Österreich sei auch nicht in der Lage, etwas anderes vorzuschlagen; es könne weder Deutschland, das als größter Importeur und Exporteur gegenüber Österreich auf trete, noch die Nachfolgestaaten der Donaumonarchie, mit denen ein umfangreicher Warenverkehr bestehe, in einer künftigen besseren Ordnung der Wirtschaftsbeziehungen miffen. Es sei zu hoffen, daß nach Stellungnahme Italiens und Englands eine Neutralisierung des Problems eintritt und die Auseinandersetzungen in das richtige Gleis fohmt.

### Einzigiger Generalstreik in Polen geplant

W.W. Warschau, 5. März. (Tel.) Für den 16. März ist in ganz Polen ein einziger Generalstreik geplant, um gegen die Einschränkung der sozialen Versicherungsgefeße, die Verschlechterung des Rentenrechts für staatliche Angestellte und Eisenbahner, endlich die Herabsetzungen der Löhne bei der Grubenarbeiterschaft zu protestieren.

### Kurze Nachrichten

Der Reichspräsident empfing heute, Samstag, den Führer der deutschen Delegation auf der Abrüstungskonferenz in Genf, Vizepräsident Radolov, zur Berichterstattung über die bisherigen Verhandlungen der Konferenz.

Über die Herausgabe des Bierpennigstüdes wird von der Reichsbank mitgeteilt, daß die Münze bisher erst für 30 000 Reichsmark Bierpennigstücke geprägt hat. Da diese Anzahl aber noch nicht ausreicht, um die Bierpennigstücke in Umlauf zu setzen, kann die Ausgabe der Bierpennigstücke erst erfolgen, wenn noch eine erheblich größere Anzahl geprägt sein wird.

Um die Memeler Regierung. Der von litauischen Gouverneur ernannte Präsident des Memel-Direktoriums, Simmat, hat drei litauisch orientierte Vertreter mit der einstweiligen Führung der Geschäfte des Direktoriums beauftragt. Er ist jedoch an die Führer der Wehrheitsparteien mit dem Antrag herangetreten, weitere Verhandlungen über die Bildung eines Direktoriums zu führen.

Der norwegische Ministerpräsident t. In Oslo ist heute, Samstag, Ministerpräsident Raftab nach längerer Krankheit gestorben. Er war seit dem 11. Mai 1931 im Amt, in das er aus dem Posten eines Präsidenten des Adelstings berufen worden war. Seit dem 6. Februar d. J. lag er im Krankenhause.

### Kleine Chronik

Das große Los, das am Freitag in der Kreuz. Südb. Klassenlotterie gezogen worden ist, ist in einer Abteilung nach Oberhiesien gefallen. Die Gewinner sind sämtlich Arbeiter und Angestellte aus Deutchen und Umgegend. Einer der Gewinner mußte kürzlich sein Los abgeben, weil er abgedaut worden war und den Betrag für die Erneuerung nicht mehr aufbringen konnte.

Bei der Auflösung eines kommunistischen Demonstrationssuges in Charlottenburg wurden 51 Kommunisten verhaftet.

Von sechs jungen Leuten, die im Treibhaus einer Gärtnerei in Hasle (Dänemark) eine so schwere Kohlenoxydgasvergiftung erlitten, daß drei auf dem Transport zum Krankenhaus starben, sind auch die letzten drei der Vergiftung erlegen.

Der türkische Konsul in Marseille wurde von einem Bürodiener des Konsulats erschossen, der dann Selbstmord beging.

## Badischer Teil

### „Ein Franzose — badischer Minister“

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

Der Minister des Innern hat dem „Führer“ und dem „Memann“ die nachstehende amtliche Entgegnung zugehen lassen, die in der nächsten Nummer an gleicher Stelle und in gleicher Aufmachung und Schrift zum Abdruck gebracht werden muß:

#### „Ein Franzose — badischer Minister?“

Zu dem unter dieser Überschrift im „Führer“, Folge 63 vom 4. März 1932, und in seinem Kopfbild des „Memann“ vom gleichen Datum veröffentlichten Artikel wird amtlich mitgeteilt: Nach § 1 der Anlage hinter Artikel 79 des Versailler Friedensvertrags haben die Personen, die durch den französisch-deutschen Friedensvertrag von 1871 die französische Staatsangehörigkeit verloren und seither keine andere als die deutsche Staatsangehörigkeit erworben haben, rückwirkend auf 11. November 1918 die französische Staatsangehörigkeit wieder erlangt; das gleiche gilt von den Nachkommen dieser Personen.

Bei den nahen Beziehungen zwischen Baden und dem Elsaß ist es begreiflich, daß in Baden zahlreiche Personen leben, auf die diese Bestimmungen zutreffen. Diesen Personen bleibt nur übrig, nachträglich ihre Wiedereinbürgerung in Deutschland herbeizuführen. Diese Wiedereinbürgerung wird außerordentlich erleichtert, insbesondere findet die sonst übliche Länderanhörung nicht statt; denn moralisch betrachtet Deutschland diese Personen selbstverständlich ohne weiteres als Deutsche; es ist nur durch den Versailler Vertrag zunächst gezwungen, sie formell als Franzosen zu betrachten.

Zu den Personen, die hiernach infolge ihrer alt-elässischen Abstammung kraft Friedensvertrag Franzosen geworden sind, gehörte auch der Abgeordnete Markloff. Unzählige haben nicht gewußt, daß sie formalen Rechts Franzosen und nicht deutsche Staatsangehörige sind. Abgesehen hat der Abgeordnete Markloff im Jahre 1904 die badische Staatsangehörigkeit erworben und besaß diese zweifellos auch noch, als er badischer Minister war, denn damals war der von den beiden nationalsozialistischen Blättern in diesem Fall zu Unrecht angegriffene Friedensvertrag noch nicht in Kraft getreten.

Inzwischen hat Markloff sich nochmals die deutsche Staatsangehörigkeit erworben, so daß alle Bedenken unserer „Übernationalen“ beseitigt sein dürften.

Der Vorgang, den die nationalsozialistische Presse ganz geandlos zu einer Haupt- und Staatsaktion aufbauscht, ist ein ganz gewöhnlicher. Fast täglich mehrmals werden Alt-Elsaß-Lothringer in dieser Weise über ihre Staatsangehörigkeitsverhältnisse aufgeklärt und eingebürgert. Darüber ist auch der Abgeordnete Kraft vom Innenministerium auf Anfrage eingehend aufgeklärt worden und es wurde ihm die Sachlage im Fall Markloff genau dargelegt.

Um so verlagenswerter und verwerflicher ist es, daß sich sonst so übernational gebärende Blätter, wie „Führer“ und „Memann“, sich auf den Versailler Friedensvertrag bezuzen, um einen politisch anders Beminten in der Öffentlichkeit zu verächtigen und sich damit als Volltrecker des französischen Willens aufspielen.

### Kollgebfenkung

#### Wichtige Neuerung bei der Reichsbahn

Wie aus dem Inzeratenteil ersichtlich ist, hat die Reichsbahn auf 1. März eine für weite Kreise der Bevölkerung wichtige Neuerung eingeführt. Der bahnamtliche Kollfuhrdienst, der bisher nur die Abfuhr der Stückgüter umfaßte, wird auf die Abfuhr der Stückgüter und auf die An- und Abfuhr der hochwertigen Wagenladungen erweitert. Die Kollgelber sind ab 1. März erheblich verbilligt.

Für den gesamten Reichsbahnbereich ist für die Ab- und Anfuhr von Eis- und Frachtgut (Stückgüter und Wagenladungen) ein einheitlicher Gebührentarif mit Höchstfähigen aufgestellt. Dieser gilt für die teuersten Orte. Auch in den größten Städten mit teureren Lebensverhältnissen werden z. B. für Eis- und Frachtgut aufsendungen im Gewicht bis 50 Kilogramm nur 30 Pf. und im Gewicht bis 100 Kilogramm nur 50 Pf. Kollgelber erhoben, während sich diese seither oft auf das Mehrfache belief. Für die weitaus überwiegende Mehrzahl der übrigen Orte liegen die Gebühren — abgefußt nach den Lebenshaltungskosten der einzelnen Orte — unter den Sätzen des Einheits tariffs.

Auch Orte, die außerhalb des gewöhnlichen Bestellbezirks von Reichsbahnstationen abwärts derselben liegen, werden im sogenannten Überlandkollfuhrdienst von den bahnamtlichen Kollfuhrunternehmern zu mäßigen, nur unerheblich über den Sätzen des örtlichen Kollfuhrdienstes liegenden Gebühren bedient.

Zwischen Eis- und Frachtgut besteht jetzt kein Unterschied mehr, für beide Güterarten werden die gleichen Gebühren erhoben.

An größeren Orten waren die Kollgelber bisher nach Entfernungen gestaffelt; künftig werden auch die Sendungen nach und von den weit von der Güterabfertigung abgelegenen Bauungen oder Geschäftsstellen zu den gleichen Gebühren zu bzw. abgefahren wie nach und von den nahegelegenen.

Die Abtraggebühren sind abgeschafft. Für Verbringen der Güter in andere als Erdgeschosse oder in Kellerräume werden zu den in den Frachttarifen eingetragenen Kollgebühren keine Zuschläge mehr gemacht. Das Personal der bahnamtlichen Kollfuhrunternehmer darf von sich aus solche zusätzliche Gebühren nicht mehr fordern.

Die Reichsbahnverwaltung hofft, mit dieser Neuerung zu den Bestrebungen in der Richtung der allgemeinen Preisfenkung merklich beigetragen zu haben.

### Badische Historische Kommission

Unter dem Vorsitz des Vorstandes, Prof. Dr. Andreas aus Heidelberg, trat heute, Samstag vormittag, im General-Landesarchiv zu Karlsruhe die 44. Plenarversammlung der Badischen historischen Kommission zusammen. An der Sitzung nahmen teil 14 ordentliche und 2 außerordentliche Mitglieder, sowie als Regierungsvertreter Oberregierungsrat Dr. Mal.



## Handel und Wirtschaft

### Devisennotierungen der Reichsbank (Amtlich)

	5. März		3. März	
	Geld	Preis	Geld	Preis
Amsterdam 100 G.	169.43	169.77	169.73	170.07
Kopenhagen 100 Kr.	81.32	81.48	80.85	81.01
Italien . . . 100 L.	21.80	21.84	21.84	21.88
London . . . 1 Pfd.	14.77	14.81	14.66	14.70
New York . . . 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris . . . 100 Fr.	16.56	16.60	16.56	16.60
Schweiz . . . 100 Fr.	81.32	81.48	81.42	81.58
Wien 100 Schilling	49.95	50.05	49.95	50.05
Prag . . . 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485

**Distanz-Ermittlungen.** Gemäß den getroffenen Vereinbarungen hat die Reichsbank am Freitag an die Bank von England, die Bank von Frankreich, die Bank für Internationalen Zahlungsausweis in Basel und die Federal Reserve Bank in New York je 2½ Millionen Dollar bzw. den Gegenwert dieses Betrages in anderen Valuten als erste Teilrückzahlung auf den 100-Millionen-Dollar-Kredit entrichtet. Die noch laufenden 90 Millionen Dollar sind nunmehr wieder um drei Monate, d. h. also bis zum 4. Juni, verlängert. Diese Zahlung wird sich im nächsten Wochenanlauf der Reichsbank in Gestalt eines Devisenabganges von voraussichtlich etwa 40 Millionen Reichsmark auswirken. — Es fragt sich nun, ob daraufhin eine Distanzermäßigung möglich ist, zumal die Bank von England entgegen den vielfach gehegten Erwartungen am Donnerstag nicht ihren Distanzsatz abermals ermäßigt hat.

#### Mannheimer Hafenverkehr im Februar

Der Wasserstand des Rheins wie des Neckars hatte im Monat Februar fallende Tendenz und wurde durch eine 12tägige Frostperiode beeinflusst. Der Neckar war in seinem Oberlauf zugefroren und die Neckarschiffahrt in der Zeit vom 11. bis 22. Februar eingestellt. Der Rhein führte ebenfalls einige Tage Treibeis. Ein großer Teil der Fahrzeuge mußte in den inneren Hafenbecken Schutz suchen.

Der Rheinpegel schwankte zwischen 2,33 Meter am 2. und 1,71 Meter am 29. Februar. Der Neckarpegel zeigte an denselben Tagen 2,40 bzw. 1,72 Meter. Der anhaltend rückgängige Wasserstand bedingte einen lebhaften Leichterverkehr; dagegen ließ das schlechte Frachtgeschäft trotz der gegenüber

dem Vormonat etwas erhöhten Zufuhr die Schiffahrt nicht recht in Gang kommen.

Stillgelegt waren Ende Februar noch 92 Fahrzeuge mit einem Raumgehalt von 86 748 Tonnen. Der Gesamtumschlag betrug 347 550 Tonnen (i. B. 317 874 Tonnen), gegenüber dem Vormonat mehr 29 325 Tonnen.

#### Rheinverkehr

Ankunft 233 Güterboote und 887 Schleppflöße mit 298 420 t Abgang 236 Güterboote und 889 Schleppflöße mit 42 358 t

#### Neckarverkehr

Ankunft 4 Güterboote und 55 Schleppflöße mit 7 571 t Abgang 4 Güterboote und 68 Schleppflöße mit 4 201 t Auf den Handelsplätzen entfallen: Ankunft 156 130 t, Abgang 37 098 t;

auf den Industrieplätzen entfallen: Ankunft 53 440 t, Abgang 6 288 t; auf den Rheinauhafen entfallen: Ankunft 91 421 t, Abgang 8 173 t.

Der in obigen Zahlen enthaltene Umschlag von Hauptschiff zu Hauptschiff betrug auf dem Rhein 30 081 t, auf dem Neckar 11 594 t.

Auf dem Neckar sind 13 direkte Schleppzüge abgegangen. An Güterwagen wurden während des Berichtsmonats gestellt:

im Handelshafen	10 630 10-t-Wagen
im Industriehafen	7 166 10-t-Wagen
im Rheinauhafen	9 414 10-t-Wagen

**Friedr. Krupp AG.** Im Geschäftsjahr 1930/31 ergibt sich ein Verlust von 10 884 188,32 (4 450 656,12) M. Durch den Verlustvortrag aus dem Vorjahr in Höhe von 2 531 544,25 M. erhöht sich der Gesamtverlust auf 13 415 732,57 M. Zur teilweisen Deckung wird die Verwendung der Rücklage für Werksverhaltung mit 9 Mill. Reichsmark beantragt. Der Restbetrag in Höhe von 4 415 732,57 M. soll auf neue Rechnung vorgetragen werden. Die Bilanzsumme beträgt 454 817 445,93 (i. B. 461 532 571,65) M. In den allgemeinen Ausführungen des Geschäftsberichtes wird die Ansicht vertreten, daß ein Wiederanstieg des Wirtschaftslebens in der ganzen Welt nur zu erhoffen sei, wenn die endgültige Streichung der Kriegslasten eine befriedigende geistige Einstellung bei allen beteiligten Völkern erkennen lasse und dadurch die Wiederkehr des Vertrauens ermöglicht werde. Aber die einzelnen Geschäftszweige wird u. a. mitgeteilt, daß sich die Lage der Kohlenzweige von Monat zu Monat weiter verschlechtert habe. Als Mittenglieder seien die Bergbaubetriebe des Konzerns infolge der Krise der Eisenindustrie härter betroffen als die reinen Bechen. Die Produktion der Gesellschaft an Roheisen ging

auf 933 772 (1 307 211) Tonnen, an Roßtahl auf 1 111 889 (1 366 135) Tonnen, an Walzwerkzeugnissen auf 815 982 (1 032 417) Tonnen zurück. Im neuen Geschäftsjahre habe sich der Niedergang der Wirtschaft in verschärfter Weise fortgesetzt. Die Zahl der Betriebsangehörigen ist im verfloßenen Geschäftsjahr weiter erheblich zurückgegangen; sie belief sich einschließlich der Tochterunternehmen Ende September 1931 auf insgesamt 44 107 (i. B. 57 451), bei den angeschlossenen Werken und Handelsfirmen auf 12 760 (17 700); im neuen Jahr wurde die Belegschaft durch weitere 4600 Mann gemindert, die der angeschlossenen Unternehmen um 1500.

### Badisches Landestheater Karlsruhe

Spielplan vom 8. bis 13. März 1932

#### Im Landestheater:

Dienstag, 8. März. \* Geschlossene Sondervorstellung für die Volksbühne: **Im weißen Röhl**. Singpiel von Ralph Benachy. 20 bis 23.

Mittwoch, 9. März. Nachmittags: Geschlossene Sondervorstellung für auswärtige Schüler: **Prinz Friedrich von Homburg**. Von Kleist. 15 bis 17.15.

Abends: \* A 21 (Mittwochnacht) Th.-Gem. 1401 bis 1500. **Der Freischütz**. Von C. M. von Weber. 19.30 bis 22.20 (5.70).

Donnerstag, 10. März. Volksbühne: Märzvorstellung. **Othello**. Von Verdi. 20 bis gegen 23 (5.70).

Der 4. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigegeben. Freitag, 11. März. Nachmittags: 1. Geschlossene Vorstellung für Erwerbslose: **Rina**. Komödie von Frank. 15 bis 17. (Kein Kartenverkauf).

Abends: \* F 22 (Freitagnacht). Th.-Gem. II. S.-Gr. **Wallensteins Tod**. Von Schiller. 20 bis 23 (4.20).

Samstag, 12. März. Nachmittags: 2. Geschlossene Vorstellung für Erwerbslose: **Rina**. Komödie von Frank. 15 bis 17. (Kein Kartenverkauf).

Abends: \* G 20. Th.-Gem. III. S.-Gr. 2. Hälfte und 1201 bis 1300. **Wallensteins Lager** — **Die Piccolomini**. Von Schiller. 20 bis 22.45 (4.20).

Sonntag, 13. März. Nachmittags: Th.-Gem. 1301 bis 1400. Zu kleinen Preisen: **Im weißen Röhl**. Singpiel von Ralph Benachy. 15 bis 18 (4.20).

Abends: \* C 19. Th.-Gem. 201 bis 300. **Fidelio**. Von Beethoven. 20 bis 22.30 (6.30).

#### Im Städtischen Konzerthaus:

Sonntag, 13. März. \* **Zur goldenen Liebe**. Operette von Ralph Benachy. 19.30 bis nach 22 (2.60).



# Deutsches Holz im Deutschen Heim

## Eine Sonderausstellung

wahlvoller Möbel aus deutschen Edelhölzern

Zur Linderung deutscher Not  
Zur Hebung deutscher Forstwirtschaft  
Zur Schaffung deutscher Möbel

VERANSTALTET VON DEM  
**VERBAND ZUR FÖRDERUNG DEUTSCHER WOHNKULTUR**  
UNTER MITWIRKUNG DER  
**ARBEITSGEMEINSCHAFT HOLZ**  
(REICHSFORSTWIRTSCHAFTSRAAT UND DEUTSCHER FORSTVEREIN)

### MÖBEL HAUS CARL AUG. MARX

MARKTPLATZ KARLSRUHE IN BADEN

## Reichsbahn billiger!

### Gebühren für An- und Abfuhr

von Eil- und Frachtgut für das ganze Reichsbahngebiet einheitlich

#### ab 1. März bedeutend gesenkt!

Rollgebühren für Eilgut und Frachtgut gleich nieder.  
Einheitssatz für den ganzen örtlichen Bestellbezirk.  
Keine Zuschläge mehr für Abtragen der Güter in Obergeschosse oder Kellerräume.

Nähere Auskunft bereitwilligst durch Fernsprecher, schriftlich oder mündlich bei den Güterabfertigungen.

## Formulare

und sämtliche Drucksachen für Behörden liefert prompt und preiswert

### G. Braun GmbH.

vorm. G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karl-Friedrich-Str. 14, Tel. 952/54



### Badisches Landestheater

Sonntag, den 6. März 1932

Nachmittags:  
9. Vorstellung der Sondermiete für Auswärtige

#### Der Rosenkavalier

Von Richard Strauß  
Dirigent: Krips  
Regie: Dr. Waag

Mitwirkende:  
Blant, Fanz, Fischbach, Haberkorn, Seiberlich, Winter, Burt, Hellmuth, Motzmann, Rinkler, Widmann, Zumbach, J. Gröbinger, Kalnbach, Kiefer, Löfer, Kentwig, Cerner, Schuster, Arras, Dofe, G. Gröbinger, Kleinub, Lindemann, Meyer, Nagel, Blachinski, Luger, Rivinius, Schäfer, Schmitt

Anfang 15 Ende geg. 18 1/2  
Preise 0,50—3,50 RM

Abends:  
\* G 19. Th.-Gem. 801—900 und 1501—1550

#### Das Herz

Drama für Rufft von Hans Pfitzner  
Dirigent: Krips  
Regie: Pruscha

Mitwirkende:  
Blant, Haberkorn, Winter, Hellmuth, Motzmann, Rivinius, Sonntag, J. Gröbinger, Köpach, Kalnbach, Kiefer, Löfer, Schoepflin, Strauß, G. Gröbinger, Meyer

Anfang 20 Ende nach 22 1/2  
Preise E (1—6,30 RM)

Montag, den 7. März 1932  
Geschlossene Sondervorstellung für die Volksbühne

#### Im weißen Röhl

Singpiel von Benachy  
Dirigent: Schwarz  
Spielleitung: Herz

Mitwirkende:  
Blant, Cerner, Seiberlich, Seiling, Müllig, Brand, Ernst, Gemmede, J. Gröbinger, Höder, Köpach, Kalnbach, Kloebe, Luther, Mehner, P. Müller, Prütter, Sölger, G. Gröbinger

Nur kurze Zeit

# Stoffe

Mein Räumungs-Verkauf bietet Ihnen wirklich große Vorteile. Benutzen Sie bitte diese Gelegenheit!

## Frühjahrsneuheiten

sind in großer Menge eingetroffen

### Herrenanzugstoffe

grau, die große Mode L.742

# WILH. BRAUNAGEL

Herrenstraße 7

### Bürgermeisters

der Stadt Furtwangen ist alsbald zu befehlen. Bewerber, nicht unter 30 Jahre alt, mit praktischer Erfahrung im Staats- oder Gemeindeverwaltungsdienst, wollen ihre Bewerbungen mit Lebenslauf, Zeugnissen und unter Angabe ihrer Gehaltsansprüche bis spätestens 19. März 1932 an den Gemeinderat einreichen. L.739

#### Der Gemeinderat Furtwangen.

B.792. Karlsruhe. Über das Vermögen des Fritz Kieffer, Inhaber einer Möbelschreinerei in Hagsfeld, wurde heute nachmittags 5 1/2 Uhr das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet. Vertrauensperson ist: Bücherrevisor August Geh in Karlsruhe, Waldstr. 41. Vergleichstermin ist am Dienstag, den 29. März 1932, vormittags 10 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestraße 8, I. Stock, Zimmer Nr. 40. Der Antrag auf Eröffnung des Verfahrens nebst Anlagen, sowie das Ergebnis der weiteren Ermittlungen sind auf der Geschäftsstelle zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt. Karlsruhe, 2. März 1932. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 9.

#### Bekanntmachung.

N.851. Lahr. Im Konkursverfahren über das Vermögen des Emil Mayer, Zement-u. Betongeschäft in Lahr soll die Schlussverteilung erfolgen. Der verfügbare Massebestand beträgt 5917,98 RM, wo-



### Im Städt. Konzerthaus

Sonntag, den 6. März 1932

Zum erstenmal

#### Zur goldenen Liebe

Operette von Benachy  
Dirigent: Stern  
Regie: Herz

Mitwirkende:  
Cerner, Fanz, Seiberlich, Seiling, Krip, Höder D., Brand, Kloebe, Kiencher, Luther, Löfer, P. Müller, Mehner, Prütter, Schulze, v.d. Trend, H. Müller, Seibert

Anfang 19 1/2, Ende nach 22  
I. Parfett 2,60 RM

# Badische Bank

Mannheim — Karlsruhe

## Hinterlegungsstelle für Mündelvermögen

g.121

Druck G. Braun, Karlsruhe